



Irene Gerlach (Hrsg.)

## Elternschaft. Zwischen Autonomie und Unterstützung

44,99 €, 278 Seiten, Wiesbaden 2017  
Springer VS, Reihe: Familie und Familienwissenschaft  
ISBN: 978-3-658-16031-9

Der Sammelband vereint elf Beiträge, die aus verschiedenen Perspektiven gesellschaftliche, politische und rechtliche Rahmenbedingungen moderner Elternschaft beleuchten. Dabei werden zwei zentrale Beobachtungsfelder mehr oder weniger durchgängig thematisiert: die „geteilte Verantwortung“ zwischen Eltern und Staat für die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern in der Gesellschaft und die geschlechtergerechte Arbeitsverteilung in der Familie und dem Erwerbssystem.

Das Buch ist dabei in drei Abschnitte gegliedert: im ersten Abschnitt werden unter der Überschrift „Konturen neuer Elternschaft“ Veränderungen in den Leitbildern von Familie und Elternschaft historisch hergeleitet und aktuelle Befunde zusammengefasst. Im zweiten Abschnitt wird die „Steuerung der Elternschaft durch Recht“ diskutiert und im dritten Abschnitt werden verschiedene Unterstützungsformen von Elternschaft, insbesondere die betriebliche Personalpolitik und die öffentliche Kinderbetreuung betrachtet.

Dabei wird in den Beiträgen nicht nur sozial- sondern auch rechts- und politikwissenschaftlich argumentiert. Durch die „Brille“ der Erwachsenenbildung ist hierbei besonders aufschlussreich zu lesen, wie sich Leitbilder von guter Elternschaft über Jahrhunderte hinweg in verschiedenen Rechtsgebieten (Erbschaftsrecht, Eigentumsrecht, Sozialrecht, Kinder- und Jugendhilferecht) und Politikfeldern niedergeschlagen und weiterentwickelt haben. In dieser historischen Betrachtung zeigt sich, dass staatliche Steuerung der privaten Lebensführung in der Familie zunimmt, das „Verhältnis zwischen Eltern und Staat“ aber alles andere als eindeutig und gesellschaftlich unumstritten ist. Dies wird in einem Beitrag von Inga Laß und Henning Heddendorf zu aktiver Vaterschaft deutlich, in dem empirische Ergebnisse der Panelstudie „Familien in Deutschland“ und der Studie „Bedeutung atypischer Beschäftigung für zentrale Lebensbereiche“ vorgestellt und diskutiert werden. Danach lassen sich vier Vätertypen identifizieren: die „Traditionellen“, die „Pragmatiker“, die „Aufgeschlossenen“ und die „Überzeugten“. Wenig überraschend, aber für die Diskussion politischer und erwachsenenpädagogischer Konsequenzen wichtig, ist das Ergebnis, dass es nicht nur auf die Einstellungen der Väter ankommt, sondern auch von den Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie abhängt, ob sich Väter engagieren oder nicht.

An dieser Feststellung schließen zwei weitere Beiträge an: Jan Nicolas Höbel problematisiert die unzureichende recht-

liche Absicherung der „aktiven Väter“ und verweist hier auf die Sorge und Verantwortung, die Erwachsene in Stief- oder Patchwork-Familien wahrnehmen. Er plädiert deshalb für ein „kleines Sorgerecht“ bzw. ein Sorgerecht unabhängig von Abstammung und Geschlecht (S. 155). Und schließlich befasst sich ein Beitrag von Corinna Schein mit der Beteiligung von Vätern an der Elternzeit im internationalen Vergleich. Auf dieser Grundlage zeigt sie, dass eigene Väterzeiten die Verhandlungsposition der Väter in der Familie und im Beruf stärken und deshalb zu einer egalitären Verteilung von Familienaufgaben beitragen.

Als weiteres Spannungsfeld wird in den Beiträgen von Irene Gerlach das vermeintlich „kooperative Verhältnis“ (S. 67) zwischen Eltern und Staat bei der Erziehung und Sorgearbeit reflektiert. Mit Bezug auf die „Frühen Hilfen“ und die öffentliche Kinderbetreuung zeigt sie, dass sich hier ein familienpolitisch brisantes Handlungsfeld ergibt, denn einerseits sollen Familien gestärkt und Eltern in ihrer Verantwortung unterstützt werden. Zugleich vollzieht sich gesellschaftlich eine Anspruchshaltung an die Leistungen der Eltern, die unter den gegebenen Rahmenbedingungen vielfach als Überforderung wahrgenommen wird – und zwar nicht nur von den Eltern selbst, sondern auch von Professionellen im Bildungs- und Hilfesystem.

In einer sozialwissenschaftlich rekonstruktiv argumentierenden Publikation hätte sich hier eine kritische Auseinandersetzung mit der „Herstellung“ und dem Konstrukt von „Hilfsbedürftigkeit“ angeboten. In der vorliegenden Publikation wird stattdessen auf den politischen und rechtlichen Handlungsbedarf hingewiesen. Mit Blick auf die in weiteren Beiträgen ausdifferenzierten Akteursgruppen – Personalverantwortliche, Träger der freien Wohlfahrtspflege, kommunale und Landesjugendämter, Professionelle im Bildungs- und Gesundheitssystem – ergibt sich ein breites Spektrum an Adressatinnen und Adressaten, die für eine koordinierte Verantwortungsübernahme sensibilisiert werden müssten. Der Sammelband zeigt hier eine klare Handlungsperspektive auf, die mit aktuellen Daten und Einschätzungen fundiert ist. Auch aktuelle familienwissenschaftliche Diskurse sind berücksichtigt, wobei durch die Fokussierung auf Eltern nur Erwachsene als Akteure in Erscheinung treten. Dass Kinder nicht nur Adressaten von Erziehung, Bildung und Fürsorge sind, sondern als Akteure die Elternrolle wesentlich mitgestalten, wird in diesem Buch ausgeblendet. Trotzdem ist die Publikation sehr lesenswert und auch für interessierte Fachfremde – also für Nichtjurist/innen und Nichtpolitolog/innen – verständlich geschrieben. Vor allem für die familienbezogene Erwachsenenbildung lassen sich viele Anregungen ziehen, zum Beispiel für die Netzwerkarbeit oder die Programmentwicklung, die ja neben den Familien selbst auch familienpolitisch relevante Akteursgruppen anspricht.

**Carola Iller**

Professorin für Weiterbildung an der Stiftung Universität Hildesheim,  
E-Mail: carola.iller@uni-hildesheim.de